

Laibacher Zeitung.



Nr. 20.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7-50.

Samstag, 25. Jänner.

Insertionsgebür: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1879.

Amthlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. Jänner d. J. dem Pfarrer der Vorstadt Tirnau in Laibach, Franz Karun, in Anerkennung seiner vieljährigen, ersprießlichen Berufstätigkeit das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern hat den Ministerial-Bizeseekretär im Ministerium des Innern Heinrich Weigle in zum Bezirks-hauptmanne in Krain ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Zeitungsschau.

Das „Fremdenblatt“ unterzieht die im Abgeordnetenhaus aus Anlaß der Debatte über den Berliner Vertrag vom Abgeordneten Neuwirth gehaltene Rede nachträglich einer eingehenden Kritik. Es sei durch den Berliner Vertrag verhütet worden, daß Bulgarien von Rußland handelspolitisch monopolisiert werde. Besondere Begünstigungen für Oesterreich-Ungarn konnten naturgemäß in dieser Richtung nicht erzielt werden, aber es wurde die Sicherung erreicht, daß überhaupt nicht eine Macht vor der andern begünstigt werde. Inbetreff Serbiens habe das auswärtige Amt für zukünftige Negotiationen die Basis geschaffen, und es verdiene dafür um so mehr Anerkennung, als es gleichzeitig Serbien veranlaßte, die möglichste Erleichterung im Zollverkehre als Prinzip anzuerkennen. Was endlich Rumänien betreffe, so erweisen sich die Zollsätze des Handelsvertrages dem österreichischen Handel nicht ungünstig, wofür das Verdienst den Handelsämtern in Oesterreich-Ungarn ausschließlich gebühre.

Das „Extrablatt“ spendet der Rede des Abgeordneten v. Plener unbedingte Anerkennung und spricht dem Redner namentlich für jenen Passus seinen Dank aus, worin er sich gegen Parallelen zwischen Andreas Döfer und den bosnischen Wandenschefs patriotisch verwarhte.

Von etwaigen seitens Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gegen die in Rußland aufgetauchte Seuche zu ergreifenden gemeinschaftlichen Präventivmaßregeln erklärt sich das „Tagblatt“ und die „Vorstadt-Zeitung“ befriedigt, wobei sie zu größter Wachsamkeit und energishestem Auftreten spornen. Man solle den be-

schwichtigenden Meldungen und Dementis nicht allzu sehr trauen. In solchen Dingen hege man besser mehr als weniger Mißtrauen. Das „Tagblatt“ bemerkt insbesondere: „Vor der Pestgefahr kann nur eines schützen, und das ist die Wiederaufrichtung eines strengen Pestcordons, diesmal gegen Rußland. Die alte Theresianische Pestordnung ist mit einigen Aenderungen noch heute vollständig anwendbar, es bedarf keiner langen Beratungen und Vorarbeiten, um sie zu reaktivieren. Wenn Deutschland und Oesterreich zusammenstehen, so ist alle Aussicht vorhanden, die Seuche von Europa fernzuhalten. Wenn die russische Regierung den Ernst sieht, wenn der Gorden gezogen wird, so wird sie mit dem Aufgebote aller Mittel darnach trachten, im eigenen Lande durch innere Cordons, durch vollkommene Absperrung der befallenen Ortschaften, wie das mit dem italienischen Nojah geschah, des Uebels so rasch als möglich Herr zu werden, das wird für sie ein Sporn zu angestrengtester Thätigkeit sein, in welcher sie von allen anderen Staaten gewiß auf das eifrigste unterstützt werden wird.“

Die übrigen Blätter beschäftigen sich mit dem Abstimmungsergebnisse in der Versailler Kammer vom 20. d. M. Die „Presse“ hält die Stellung des Ministeriums Dufaure nunmehr für gesicherter, als seit langem die eines französischen Kabinetts. Die „Deutsche Zeitung“ freut sich des Stimmresultates aus Sympathie für die französische Republik, da alle besitzenden Kreise in Frankreich sich sofort nach einem „Retter der Gesellschaft“ umzusehen beginnen würden, sobald sie sähen, daß der Republikanismus Leute wie die Führer der äußersten Linken an's Ruder zu bringen drohe. Die „Neue freie Presse“ endlich hebt hervor, daß es der republikanischen Partei in Frankreich viele Herzen abwendig machen könnte, wenn sie jetzt schon ungestüm alles durchgeführt sehen wollte, was sich erst im Laufe der Jahre einbürgern müsse.

Parlamentarisches.

Der Motivenbericht zur Regierungsvorlage, betreffend den Meistbegünstigungsverkehr mit Frankreich, lautet:

„Die mit Frankreich am 11. Dezember 1866 geschlossenen Verträge bestehen aus folgenden Spezialübereinkommen: 1.) Dem Handelsvertrage, in welchem nicht nur die gegenseitige Behandlung des Warenverkehrs auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation und die Gleichstellung der anderseitigen Verkehrtreibenden mit den Nationalen gegenseitig zugesichert, son-

dern auch bestimmte Verpflichtungen über die Einhaltung gewisser Zollsätze beiderseits eingegangen worden waren; 2.) dem Schiffahrtsvertrage; 3.) dem Staatsvertrage über die Vorrechte und den Wirkungskreis der gegenseitigen Konsuln in beiden Staaten; 4.) dem Staatsvertrage über die Behandlung der Verlassenschaften der gegenseitigen Staatsangehörigen; 5.) dem Staatsvertrage wegen gegenseitigen Schutzes des Autorrechtes an Werken der Literatur und Kunst.

„Die vorlängst beabsichtigte Aenderung der inneren Zollgesetzgebung und die daraus resultierende Nothwendigkeit, alle vertragsmäßigen Verpflichtungen in Bezug auf den Zolltarif rechtzeitig zu lösen, veranlaßte die Regierung, den Handelsvertrag vom 11ten Dezember 1866 mit Ablauf seiner ursprünglich vereinbarten Geltungsdauer zu kündigen, und als sich die Activierung des neuen Zolltarifs vor Ende des Jahres 1878 nicht bewerkstelligen ließ, denselben nach wiederholter, mit der französischen Regierung vereinbarter Erstreckung erst mit diesem Zeitpunkte erlöschen zu lassen. Was die übrigen gleichzeitig mit dem Handelsvertrage vom 11. Dezember 1866 abgeschlossenen Verträge betrifft, so war es nicht in der Absicht der k. k. Regierung gelegen, dieselben überhaupt zu kündigen, zumal sich dieselben im großen und ganzen als den beiderseitigen Verkehrsinteressen entsprechend erwiesen hatten und wesentlicher Aenderungen nicht bedürftig erschienen. Da indeß die Geltungsdauer dieser Verträge übereinstimmend dahin normiert ist, daß dieselben eine gleiche Dauer mit dem Handelsvertrage selbst haben sollen, und es hienach zweifelhaft erscheint, ob die unterlassene Kündigung zur Aufrechthaltung derselben ausreicht, so wurden mit der französischen Regierung Erklärungen ausgetauscht, wonach diese Verträge in Kraft bleiben sollen bis zum Abschlusse eines neuen Handelsvertrages oder bis zum Ausgange eines Jahres nach erfolgter Kündigung seitens einer der beiden vertragschließenden Regierungen.

„Was hingegen den Handelsvertrag selbst anbelangt, so war das Bestreben der Regierung seither darauf gerichtet, denselben durch eine dauernde Regelung der beiderseitigen Verkehrsbeziehungen zu ersetzen. Die Frage indeß, in welcher Weise dies zu geschehen habe, ob und inwieweit Frankreich gegenüber Verpflichtungen in Bezug auf die Einhaltung bestimmter Zollsätze eingegangen werden können, ist indeß, wie naheliegende Gründe und Rücksichten selbstverständlich erscheinen lassen, von der Feststellung der Verkehrsbeziehungen zu Deutschland, als dem im internationalen Verkehre Oesterreich-Ungarns ausschlaggebenden Nachbarstaate, abhängig, und erst als das

Feuilleton.

Wiener Skizzen.

22. Jänner.

Nichts ist schwerer, als der Menschen Thun und Treiben zu ergründen, wenn keine ausgesprochene Leidenschaft dabei im Spiele ist. Da machen die besten Psychologen oft die größten Fehlschlüsse. Es scheint manchmal ganz unerklärlich, warum die Leute dieses oder jenes thun, und gelingt es dann, das Motiv zu erforschen, so staunt man wieder über das Seltsame desselben. So war ich lange im unklaren darüber, weshalb die Gallerie unseres Abgeordnetenhauses in der letzten Zeit so gut besucht war. Die Leute drängten sich förmlich zu den Sitzungen. Zuerst war ich geneigt, anzunehmen, daß sie sich für die Verhandlungen über den Berliner Vertrag interessieren. Da machte mich aber eine Gruppe Damen irre, welche, wie ich aus ihren Reden vernahm, nur gekommen waren, um den Abgeordneten Schönerer zu sehen. Die eine sagte, nachdem der Vertreter v. Zwetl eruiert worden war, sie habe den Herrn für schöner gehalten; die zweite meinte, es sei doch stark, daß sich der so allgemein abgetakelte Parlamentarier wieder zu kommen getraut habe; die dritte fragte naiv, ob Herr Schönerer auch eine Pickelhaube trage. Die also waren nicht des Berliner Vertrages wegen gekommen. Einige Herren, welche schon vor Beginn der Sitzung gekommen, um Plätze in der ersten Reihe zu erhalten, fragten, ob auch ein Minister sprechen, ob Graf Andrassy eine Rede halten werde, und als sie hörten, daß weder das eine noch das andere in Aussicht stehe, entfernten sie

sich sichtlich enttäuscht. Die hatte also auch der Berliner Vertrag nicht hereingeführt. Um mir endlich Gewißheit zu verschaffen, was die Mehrzahl der Zuhörer veranlasse, der ziemlich langweiligen und unerquicklichen Debatte beizuwohnen, wendete ich mich an einen Herrn, den ich in jeder Sitzung bemerkt hatte, der dicht neben der Journalistenloge saß und scheinbar immer sehr aufmerksam zuzuhören schien. Ich fragte ihn, ob ihn der Verhandlungsgegenstand sehr interessiere. „O Gott, nein!“ erwiderte er. „Aber Sie hören doch so eifrig zu!“ sagte ich. „Nun ja, weil ich jaust nichts anderes zu thun hab“, antwortete er. „Wahrscheinlich sind Sie ein Verehrer der heute an die Reihe kommenden Redner?“ fragte ich weiter. „Das auch nicht, mir sind alle Redner gleichgiltig“, lautete die Antwort. „Ja, warum besuchen Sie denn die Sitzungen so fleißig?“ fragte ich, äußerst neugierig. „Weil's so hübsch warm hier ist“, sagte der Mann. Also das Abgeordnetenhaus eine öffentliche Wärmestube — auch nicht übel!

Bisweilen wissen die Menschen selbst nicht, warum sie etwas thun, sie folgen dunklen Trieben und Instinkten und suchen hinterher einen Grund dafür, um sich zu rechtfertigen oder die That zu erklären. Als eine solche Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsschrift, die aber ihren Zweck vollständig verfehlt hat, betrachte ich die neueste Sensationsnovelle, welche gegenwärtig den Gesprächsstoff in unseren Gesellschaftskreisen bildet. Die Novelle, bei L. Kosner erschienen, betitelt sich: „Eine Schuldige?“ und ist angeblich aus dem Russischen übersetzt. Allein einen russischen Novellisten Namens Zwanow kennt man hier nicht, auch der Uebersetzer ist in literarischen Kreisen eine unbekannt GröÙe, hingegen sind die in der in Briefen geschriebenen No-

velle geschilderten Personen und Verhältnisse trotz der Russifizierung sehr wohl bekannt, man nennt nicht nur den Namen der Verfasserin, die zugleich die „Schuldige“ ist, als auch den des Künstlers, der in der Novelle eine so beneidenswerthe Rolle spielt. Hieraus erklärt sich das Aufsehen, das die an und für sich höchst mittelmäßige Novelle allerorten gemacht hat. Die Mediocrance ist in Wien zu Hause, und wenn die einmal so ein ergiebiges Thema in Händen hat, gibt sie es nicht wieder so bald auf.

Es ist nicht das erste mal, daß eine Dame unserer sogenannten guten Gesellschaft ihr bewegtes Leben in einem Romane schildert und gleichsam öffentlich beichtet, was andere tief in ihrem Busen bewahren. Die Gründe dafür sind nicht immer lauter; entweder handelt es sich um einen Racheact, oder um den Gelat. Auch die „Schuldige“ mit dem Fragezeichen ist weniger ein literarisches Rettungswerk, als vielmehr ein Pamphlet, bestimmt, anderen die eigenen Sünden aufzuladen. Darum wird der rechtmäßige Gatte in den schwärzesten Farben gemalt, die leichtsinnige und ungetreue Frau sammt ihrem Liebhaber aber in das schönste Licht gestellt. Die Verfasserin gibt sich als sogenannte unglückliche, weil „unverstandene“ Frau, der Gemal ist ein talter Ziffernmensch, ein roher Geselle, der sie nicht begreift, denn das kann nur der Künstler mit dem schwärmerischen Gemüthe. Und weil dem so ist, glaubt sie sich berechtigt, fern von ihrem rechtmäßigen Manne auf einer Insel des Lago maggiore in einer Fischerhütte mit dem Geliebten sich dem Genuße der Liebe hingeben zu dürfen, bis die Nachricht kommt, der Mann sei ruiniert, worauf sie sofort die Scheidung einleitet. Das ist wol pikant, aber durchaus nicht moralisch. Von Moral will die

Verhältnis zu Deutschland durch einen modificierten Meistbegünstigungsvertrag auf kurze Zeit geordnet worden war, konnten bestimmte Anträge zur Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu Frankreich gestellt werden. Infolge dessen vermochte die Regierung erst im Laufe des Monats November förmliche Vorschläge für den Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages auf die Dauer von neun Jahren an Frankreich gelangen zu lassen, obwohl schon früher bei verschiedenen Anlässen sowohl die Unmöglichkeit einer Verlängerung des Tarifvertrages vom 11. Dezember 1866 als die Nothwendigkeit eines neuen Uebereinkommens hervorgehoben worden war. Da indeß die französische Regierung erklärte, hierauf nicht eingehen zu können, die von derselben gewünschte Verlängerung des Handelsvertrages vom Jahre 1866 aber unthunlich war, wurde eine Basis zu einer provisorischen Regelung der Verkehrsbeziehungen darin gesucht, daß die beiden Staaten sich die Zusicherung ertheilen, den Warenverkehr auf dem Fuße der Meistbegünstigung behandeln zu wollen.

„Leider gelang es nicht, die Zustimmung der französischen Regierung zu diesem modus vivendi noch vor Ablauf des Jahres 1878 zu gewinnen, und trat infolge dessen der bedauerliche Umstand ein, daß in Frankreich die Provenienzen aus Oesterreich nicht nach dem Vertragsentwurfe, sondern nach dem älteren allgemeinen Tarife behandelt, theils mit sehr hohen Zöllen belegt, theils von dem dortigen Absatzgebiete völlig ausgeschlossen wurden, woran sich andererseits nach dem Gesetze vom 27. Juni 1878 die weitere Folge schloß, daß die Einfuhr der französischen Provenienzen in das allgemeine österreichisch-ungarische Zollgebiet mit Zuschlägen von zehn Prozent zu den normalen Zöllen und beziehungsweise mit auf der Basis von fünf Prozent des Handelswerthes ermittelten Zöllen für sonst zollfreie Artikel belegt werden mußte. Dieser differentiellen Behandlung des beiderseitigen Exports, welche nach beiden Seiten hin sich als schädlich erwies, baldigt ein Ende zu machen und die freundschaftlichen Beziehungen im Verkehre zu Frankreich wieder herzustellen, war die Regierung unablässig bemüht, und Dank dem Entgegenkommen der französischen Regierung, welche die Mißlichkeit des gegenwärtigen Zustandes ebenfalls würdigte, ist es gelungen, ein provisorisches Uebereinkommen zur Herstellung vertragmäßiger Verhältnisse zu treffen. Bei demselben war der Umstand maßgebend, daß die Stockung des österreichisch-ungarischen Exports nach Frankreich und die Nachteile, welche daraus für zahlreiche und bedeutende Geschäftszweige sich ergeben, die möglichst schnelle Abhilfe gebieten, und daß zur Vermeidung weitwändiger Unterhandlungen die Zusicherung der Behandlung des Warenverkehrs auf dem Fuße der Meistbegünstigung genügt.

„Mit Rücksicht auf diese Sachlage erschien es entbehrlich, die in den Handelsverträgen gewissermaßen typischen Stipulationen aufzunehmen, zumal dieselben bereits in den zwischen Frankreich und Belgien und anderen Staaten bestehenden Verträgen formalisirt sind und Oesterreich-Ungarn schon kraft der Klausel der Meistbegünstigung an den hiemit den anderen Staaten eingeräumten Rechten participiert. Infolge dessen besteht das Uebereinkommen in der Wesenheit aus der einzigen grundsätzlichen Bestimmung, daß die beiden vertragschließenden Theile sich gegenseitig die

Meistbegünstigung garantieren, sowohl was den Import als den Export und den Transit betrifft. Um indeß mögliche Zweifel über die Auslegung dieser Bestimmungen zu beseitigen, wurden in der weiter beifolgenden Declaration von gleichem Datum gewisse Punkte näher interpretirt, unter welchen die Erklärung der französischen Regierung vorangeht, daß die Verzollung der Weine bei der Einfuhr nach Frankreich auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation darin besteht, daß derlei Weine 3·50 Frs. per 100 Hektoliter zu entrichten haben. Weiter hat der Bevollmächtigte für Oesterreich-Ungarn die Bemerkung niederzulegen für zweckmäßig befunden, daß die Worte „Einfuhr, Ausfuhr und Transit“ im weitesten Sinne zu nehmen sind, und daß die Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation ebenso den Staatsangehörigen als den Provenienzen der beiden vertragschließenden Theile unter allen Umständen vorbehalten ist, wovon jedoch eine Ausnahme rücksichtlich des Grenzverkehrs gemacht wird. Diese Stipulationen und Erklärungen scheinen einer weiteren Begründung kaum bedürftig zu sein. Sie enthalten die wesentlichsten Grundsätze jedes Meistbegünstigungsvertrages, welcher einerseits die durchaus gleiche Zollbehandlung des Warenverkehrs und andererseits die Gleichstellung mit den Nationalen in Handel und Wandel zuzusichern pflegt. Soweit nun der Vertrag über diese allgemeinen Grundsätze hinaus besondere Stipulationen enthalten könnte, sind dieselben in den eingangs erwähnten vier Nebenverträgen aufrecht erhalten, und ergibt sich aus dem Zusammenhalte aller dieser Uebereinkommen und Erklärungen, daß für die Dauer des laufenden Jahres eine dem unmittelbaren Bedürfnisse und dem augenblicklichen Drange der Verhältnisse angemessene provisorische Ordnung im Verkehre mit Frankreich hergestellt ist. Es wird die Aufgabe der Regierung bilden, diese Abmachungen alsbald durch einen definitiven Vertrag mit Frankreich zu ersetzen und dadurch der Entfaltung des Verkehrs eine weitere nothwendige Garantie zu bieten.“

Oesterreichischer Reichsrath.

418. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 23. Jänner.

Abg. Schier urgiert den Legalisierungsausschuß wegen der Erledigung der Petitionen inbetreff der Reform der Grundbuchs-Gesetzgebung. Abg. Wagner interpellirt den Spezialausschuß wegen des Schicksals des Thierseuchen-Gesetzes; der Obmann des Ausschusses, Ritter v. Jaworski, gibt hierüber befriedigende Aufklärungen. Ritter v. Obentraut interpellirt das Gesamtministerium inbetreff der Pest in Rußland und fragt, ob Quarantänevorkehrungen im Sinne der Beschlüsse der Sanitätskommission von 1874 getroffen werden.

Die Generaldebatte über den Berliner Vertrag wird fortgesetzt.

Dr. Andreas v. Hofner (gegen) vertheidigt die Kompetenz des Reichsrathes und polemisiert gegen Greuter, dem er unpatriotische Aeußerungen vorwirft. Der Berliner Vertrag sei besser als sein Ruf; er war unter den gegebenen Verhältnissen eine Nothwendigkeit. Der Krieg mit Rußland sei aber auf die Dauer doch unvermeidlich; Oesterreich müsse daher ein enges Freundschaftsverhältnis mit Deutschland anstreben. Der

Rebner dankt Greuter für den Protest, den derselbe gegen die Parallele zwischen Hadshi Boja und Andreas Hofner erhoben, berichtigt aber seine historischen Angaben und erinnert, daß Tirol schon mehrmals, zum Beispiel 1703, für Kaiser und Vaterland eingetreten. (Beifall.)

Freiherr v. Pirquet (für) hebt hervor, daß die Huldigungsdeputationen jedenfalls beweisen, daß man in Bosnien und der Herzegowina an die Stabilität der jetzigen Verhältnisse glaube. Die Occupation sei auch in Oesterreich entschieden populär. Er empfiehlt die Annahme des Berliner Vertrages pure et simple. (Beifall.)

Dr. Beez (gegen) erörtert die Frage der türkischen Bahnen. Würde Oesterreich sich derselben rechtzeitig bemächtigt haben, so hätte es mehr ausgerichtet, als durch die Occupation Bosniens erreicht wurde.

Auspiz (für) polemisiert gegen Neuwirth; wenn die Erwerbung eines wenig einträglichen Landes ein Nachtheil für Oesterreich wäre, so müßte der Abfall einer passiven Provinz ein Vortheil sein. Aber auch die passiven Länder nehmen an den direkten und indirekten Steuern theil und erhöhen schon durch ihr Vorhandensein den Werth der anderen Gebiete. Die orientalische Frage ist unaufhaltsam in's Rollen gekommen, und Oesterreich konnte sich nicht ausschließen. Es ist unzweifelhaft, daß bei dem Kampfe der christlichen Völker gegen die türkische Rasse die ersteren, als die kulturfähigen, schließlich siegen müssen, und ein voraussehender Staatsmann muß sich auf ihrer Seite stellen. Der Rebner erhebt einen vehementen Angriff auf Dr. Herbst, dessen Autorität in wirtschaftlichen Fragen das Haus zu unheilvollen Beschlüssen verleitet hat (Beifall und Zischen), und erhebt mit einer energischen Vertheidigung der Politik der Grafen Andrassy, dessen Gegner auch nicht den Versuch eines positiven Programms gemacht haben. (Beifall. Große Aufregung.)

Ritter v. Obentraut (gegen) erinnert an die begeisterten Rufe: „Auf nach dem Aegäischen Meere!“ während in Wirklichkeit nur klägliche Resultate erzielt wurden, und hebt die finanziellen Bedenken der Occupation hervor. Er protestirt namens der Nordböhmern gegen eine Politik, welche die Gefahr in sich schließt, daß Nordböhmen ein Compensationsobjekt für Bosnien bilden müsse.

Die Debatte wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen.

Zur Fürstenwahl in Bulgarien.

Fürst Dondukoff-Sorsakoff hat kürzlich einer aus den reichsten und angesehensten Kreisen Bulgariens und Rumeliens bestehenden Deputation auf die Frage, ob die Zeitungsnachricht, daß er für den bulgarischen Thron nicht als Kandidat aufträte, begründet sei, die Antwort gegeben, daß er „nach reiflichem Nachdenken zu der Ueberzeugung gekommen“ sei, daß es besser sei, wenn kein Russe, sondern ein fremder Fürst diesen Thron einnehme. Aus diesem Grunde habe er, so sehr schwer ihm dies auch gefallen sei, auf die ihn ehrende und beglückende Aussicht, zur Herrschaft des bulgarischen Landes berufen zu werden, Verzicht geleistet und dies bereits offiziell dem Kaiser Alexander mit dem Beifügen mitgetheilt, überhaupt keinen Russen zu dieser Würde zuzulassen, da sonst leicht viele Verwicklungen mit Europa entstehen könnten. Diesem Vorschlage habe der Zar auch schon beigestimmt. Der Berichterstatter der „Pol. Corr.“ in Adrianopel, der seinem Blatte diese Aeußerung mittheilt, bemerkt hiezu:

„Die bulgarische Deputation wurde durch diese Erklärung sehr wehmüthig gestimmt und die Wortführer derselben boten ihrerseits alle Ueberredungskünste auf, um den Fürsten anderen Sinnes zu machen. Er beharrte jedoch bei dem erwähnten Entschlusse, bemerkte aber, daß das bulgarische Volk aus diesen Ereignissen durchaus nicht den Schluß ziehen möge, daß sich die Liebe des Kaisers Alexander von Bulgarien abgewendet habe, und daß er (Dondukoff) gegenwärtig weniger warm für dieses Land empfinde, als früher. „Das Wohlergehen und die Zukunft Bulgariens wird dem Zaren, davon werden Sie sich überzeugen“, erklärte der Fürst, „auch fortan am Herzen liegen. Sie haben also gar keine Ursache, an der baldigen Erfüllung aller Ihrer Wünsche zu zweifeln.“ Als dann noch der Rückmarsch der russischen Armee von den Führern der Deputation zur Sprache gebracht und auf die „hoffnungslose Lage“, welche dann eintreten müsse, hingewiesen wurde, äußerte Fürst Dondukoff wörtlich:

„Jetzt marschirt nur das Gros der russischen Armee ab; 50,000 Mann bleiben noch nahezu ein halbes Jahr im Lande. Wir haben Ihnen bereits eine nationale Armee geschaffen, haben dieselbe mit Geschützen, guten Waffen und allem möglichen Bedarfe in munificenter Weise ausgestattet; unsere besten Organisatoren arbeiten daran, aus derselben ein brauchbares, tüchtiges Institut für die Vertheidigung Ihres Landes zu machen. Und kommt endlich die Zeit, wo auch die Occupationarmee wird gehen müssen, werden wir Ihnen diese erprobten Offiziere belassen, damit sie ihr Werk vollenden können. Wir haben jetzt schon

„Schuldige“ überhaupt nichts wissen, sie entschuldigt ihre Untreue mit den Worten: „Hätte Gott mich für immer an meine Kette fesseln wollen, er hätte mir gestattet Mutter zu werden.“

Es gibt ein Sprichwort, das lautet: „Wenn es dem Esel zu wohl ist, geht er auf's Eis tanzen.“ Das Wohlleben, der Luxus, die Genuß- und Vergnügungssucht, das Bestreben, Aufsehen zu machen, Gegenstand der Bewunderung und des Neides zu sein, das alles zusammen macht aus den modernen Frauen erst die Sünderinnen und dann die öffentlich Büßenden. Die Langeweile ist der Dämon, der sie verfolgt, der sie dahin bringt, ihre Frauenwürde mit Füßen zu treten. Und dabei geben sie sich noch den Anstrich, als seien sie erhaben über diese Welt und über die anderen Menschen. „Was brauche ich noch die Welt, die kleinen, vorurtheilsvollen Menschen?“ sagt die „Schuldige.“ In der That, vorurtheilsvoll sind diese Menschen, sie betrachten diese Liebeschwärmerei in der Fischerhütte auf der Isola madre als Verletzung einer heiligen Pflicht und die Detailschilderung derselben als einfache Unanständigkeit. O diese kleinen, vorurtheilsvollen Menschen!

Mit der Verbreitung der Novelle, welche bereits in zweiter Auflage vorliegt, ist natürlich auch allgemach der Schleier gelüftet worden, der über der ganzen Geschichte lag. Die Heldin der Novelle — möglich, daß sie nicht selbst die Verfasserin ist, daß sie die Geschichte schreiben ließ, weil sie selbst nicht dazu befähigt ist — kennt man in ganz Wien. Man kennt sie als reizendes Mädchen, als Salondame, als Kunstschwärmerin, als etwas excentrische Erscheinung. Auf dem berühmten Makart'schen Bilde, auf welchem die Nachtzeit Triumphe feiert, steht sie vornean in einem prächtigen Gewande, blumenstreuend, die Schönste von

allen Schönen. Sie heiratete einen Banquier, dessen Haupt wol stets voll Ziffern war, der aber doch auch Sinn für das hatte, was die Lebedame am meisten beschäftigte. Die Börsespeculationen des Gemals schlugen fehl, die junge Frau brachte große Opfer, aber sie reichten nicht hin, die Katastrophe abzuwenden. Endlich drang sie auf Scheidung, nachdem sie vorher ihrem Gatten durch ihren Schwager eine Stellung in einem Pariser Bankhause verschafft. Und in diesem Punkte weicht die Novelle von der Wirklichkeit ab; die Scheidung ist noch nicht vollzogen. Was die Liebesgeschichte mit dem Künstler betrifft, so ist es nicht ein Musiker, wie es in der Novelle heißt, sondern ein Maler, der mit der „unverstandenen“ Frau auf Isola madre geschwärmt, der ihr bis Petersburg gefolgt ist. Es heißt, die Novelle habe den Zweck, auf den rechtmäßigen Gemal eine PreSSION zu üben, damit er in die Scheidung willige. Nun, nach diesen Bekenntnissen einer „schönen Seele“ wird er keinen Augenblick anstehen, die theure Gattin freizugeben.

Die Novelle sowohl wie die hier erzählte Familiengeschichte werden sehr verschieden beurtheilt. Gleichgestimmte Frauen meinen, diese Nadine — so nennt sich die Heldin — habe ganz recht gehandelt. Es gibt nämlich in unsern vornehmen Kreisen noch mehr „unverstandene“ Frauen, und die Scheidungssucht ist bereits epidemisch geworden. Die vernünftigen Frauen hingegen sagen, die „Schuldige“ habe eigentlich die Enthauptung verdient, sie könne auf keine Theilnahme rechnen. Ein jüdischer Gelehrter meinte, die ganze Geschichte klinge koscher, sei es aber nicht. Und ein Wikbold sagte, die Novelle sei nicht aus dem Russischen, sondern aus dem Persischen überetzt, denn die „Schuldige“ sei nicht viel besser als eine Bajadere. Lewis.

genug Verbindungen mit Ihrem Lande, diese werden in Zukunft aufrecht bleiben, und man wird noch neue hinzufügen. Bulgarien ist heute auf der Balkan-Halbinsel sozusagen der Vorposten Rußlands, und daß dieser zum Nutzen und Frommen aller südslavischen Völker immer stärker und mächtiger werde, dafür lassen Sie, meine Herren, nur ganz getrost Rußland sorgen. Die russische Armee hat sich als unüberwindlich erwiesen. Die russische Diplomatie wird sich desgleichen unüberwindlich erweisen. Nun Adieu, meine Herren, ich glaube, Ihnen genug gesagt zu haben, das Sie in die Lage setzt, Ihren Mitbürgern neue Hoffnung für die Zukunft und Muth und Ausdauer zu geben!"

Italiens Finanzlage.

Ueber die italienische Finanzlage wird der „Allgemeinen Zeitung“ aus Rom, 16. d. M., geschrieben: „In der Budgetkommission des italienischen Abgeordnetenhauses sind verschiedene politische und finanziell wichtige Erklärungen gefallen, durch welche Klarheit in die Budgetfrage gebracht wird. Die gepflogenen Erörterungen lassen den Zustand der italienischen Finanzen nur in einer sehr düsteren Beleuchtung erscheinen. Der Finanzminister hat endlich ganz bestimmte Angaben über die sechzig Millionen Ueberschuß seines Vorgängers Seismit-Doda mitgetheilt. Er bringt von diesem als bereits sicher constatirten Ausfälle im Ordinarium des Einnahmehudgets zwölf Millionen (genau 11.857,000) in Abzug. Das Ordinarium des Ausgabenbudgets erhöht er dagegen durch verschiedene Posten, welche in der Aufstellung Seismit-Doda's übersehen worden sind, um 5 Millionen (genau 5.286,547). In beiden Fällen, bemerkt Herr Magliani außerdem noch, handle es sich nur um das Minimum der von dem Budget seines Vorgängers zu machenden Abstriche, und es sei noch keineswegs sicher, ob nicht in der Rechnung Seismit-Doda's vielleicht auch noch andere Passivitäten übersehen seien. Diesen Vorbehalt beiseite gelassen, sind einseitigen von den sechzig Millionen schon von ministerieller Seite 17 Millionen abgezogen. Da nun aber Herr Seismit-Doda selber von seinen 60 Millionen Ueberschuß mindestens 23 Millionen für die innerhalb 1879 nothwendigen Mehrausgaben reservieren zu müssen erklärte, so bleiben nach den offiziellen Erklärungen der beiden Finanzminister Seismit-Doda und Magliani von den ursprünglichen 60 überhaupt nur noch 20 Millionen als Ueberschuß für 1879 übrig. Aber über die reelle Existenz selbst eines so geringen Ueberschusses sind innerhalb der Budgetkommission durchaus noch nicht alle Zweifel gehoben. Nach den Erklärungen des Referenten Corbetta, welchen der Finanzminister Magliani bisher nur in sehr wenig entschiedener Weise entgegengetreten ist, würden bei dem Budget für 1879 noch verschiedene weitere Passivitäten in Rechnung zu ziehen sein, deren Gesamtbetrag gar leicht auch noch diese letzten 20 Millionen definitiv absorbieren könnte.“

Volksabstimmung in der Schweiz.

In der Schweiz hat am Sonntag, den 19ten wieder eine Volksabstimmung, nicht eine solche der Bundesversammlung, stattgefunden. Es handelte sich um die Genehmigung der von beiden Räten der Bundesversammlung im vorigen Sommer bereits bewilligten neuen Subvention von 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Francs für die Gotthard-Bahn; die Volksabstimmung ergab 263,464 Stimmen für die Genehmigung und 107,335 gegen dieselbe. Die Verwerfenden hatten nur in den Cantonen Waadt und Graubünden die Mehrheit, folglich fiel auch das Cantonalvotum dieser beiden Cantone im gleichen Sinne aus. Das ganze Unternehmen der Gotthard-Bahn ist bekanntlich nur dadurch möglich geworden, daß die Schweiz, Deutschland und Italien 1869 durch Vertrag sich verpflichteten, zusammen 87 Millionen Francs à fonds perdu für das Unternehmen und speziell für die Führung eines Tunnels durch den St. Gotthard beizusteuern. Während des Baues hat sich herausgestellt, daß diese Subvention nicht ausreichte und eine weitere bedeutende Summe nöthig sei, wenn das große Werk nicht unvollendet bleiben solle, und die Schweiz, das deutsche Reich und Italien haben sich demgemäß über die Leistung einer Nachtragssubvention geeinigt. Die Schweiz als solche hat, abgesehen von den Subventionen einzelner Cantone und Bahngesellschaften, an Nachsubvention für das Gotthard-Bahn-Unternehmen 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Francs zu leisten und darf nach einer ausdrücklichen Bestimmung des dem Volke zur Abstimmung vorgelegten Gesetzes für diesen Zweck nicht mehr ein zweites mal in Anspruch genommen werden. Dieser Beitrag ist überdies an die Voraussetzung geknüpft, daß die Ausföhrung des Unternehmens durch einen zuverlässigen Finanzausweis bis zur vollen Gewißheit gesichert sei. Kann der Finanzausweis gar nicht oder nicht in genügender Weise geleistet werden, so ist die Eidgenossenschaft durch das Subventionsvotum in keiner Weise gebunden. Das Gesetz sichert dann allerdings eine gleiche Subventionssumme von je 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Francs

auch einem östlichen und einem westlichen Alpenbahn-Unternehmen, vorausgesetzt, daß dieselben sich unter den gleichen Verhältnissen präsentieren, wie jetzt das Gotthard-Bahn-Unternehmen. Im weiteren setzt das Gesetz eine Subvention aus von zwei Millionen Francs für die Monte-Cenero-Linie im Canton Tessin.

Tagesneuigkeiten.

— (Eröffnung der Botivkirche in Wien.) Im Einvernehmen des Obersthofmeisteramtes mit dem erzbischöflichen Consistorium soll die Botivkirche am Jubiläumstage des Kaiserpaars, am 24. April d. J., durch den Erzbischof Dr. Rutschky feierlich eingeweiht und eröffnet werden.

— (Deak-Reliquien.) Franz Deak war, wie der „Pester Lloyd“ mittheilt, mit dem jüngst verstorbenen Großkanischaer Advokaten Carl Martinkovic innig befreundet und hatte ihm seinen ungarischen Galasäbel und Reiterbusch-Kalpak als Andenken verehrt. In seinem Testament vermacht Martinkovic den Galasäbel dem ungarischen Nationalmuseum, welche Reliquie die Witwe des Verstorbenen auch schon dem Museum eingesendet hat. Den Kalpak machte Martinkovic dem Großkanischaer Obergymnasium zum Geschenke.

— (Chinesischer Thee in Böhmen.) Das „Deutsche Volksblatt“ in Komotau bringt folgende interessante Nachricht: „Dem A. Dreher'schen Domänen-Oberförster Herrn Wessely in Twigen bei Teschnitz ist der interessante Versuch gelungen, in unserer Gegend die chinesische Theepflanze fortzubringen und nach einjährigem Bestande der Pflanze Thee zu ernten. Wir hatten Gelegenheit, die Qualität desselben zu versuchen, und fanden ihn dem echten Thee gleichkommend, aromatisch und feinschmeckend. Es wäre wünschenswerth, daß mit dem aus der Pflanze gewonnenen Samen größere Versuche angestellt würden.“

— (Buchdruckausstellung.) In diesem Jahre werden es vierhundert Jahre, daß die Buchdruckerkunst in Leipzig eingeführt ward. Dieses bedeutungsvolle Ereignis in würdiger Weise zu begehen, wird der Leipziger Buchdrucker- und Buchhändlerstand eine großartige Ausstellung veranstalten, bei welcher auf der einen Seite die modernen Leistungen aller Zweige der graphischen Künste, auf der anderen aber auch die Leistungen der früheren Jahrhunderte vertreten sein werden.

— (Einsturz einer Eisenbahnbrücke.) Ueber den Einsturz der Arda-Brücke bei Adrianopel liegen nun nähere Details in der „Turquie“ vor. Samstag den 11. Jänner um 7 Uhr 20 Minuten morgens ging ein gemischter Eisenbahnzug von Adrianopel nach Saremby ab; er bestand aus Maschine und Tender, 9 Personen- und 17 Lastwagen. Der Train fuhr gegen die Brücke der Arda, deren Wasser ausgetreten war und schuhhoch über den Schienen stand. Plötzlich und während die Wagenlast auf der Brücke lag, barst und stürzte diese; nur die Locomotive kam darüber hinweg, der Tender riß sämtliche Last- und noch zwei Personenwagen dritter Klasse hinab. Wie nach der Billetausgabe an der Kasse in Adrianopel constatirt wurde, waren 44 Passagiere abgegangen, von denen aber vierzig an den Ausfahrtspunkt zurückkehrten. Von dem Zugspersonale ging ein Bremser zugrunde. Eine Kommission verfügte sich nach der Katastrophe an den Thort, um Erhebungen zu machen. Beinh Brückenpfeiler am rechten Ufer wurden, wie auch der Schienenstrang, in gutem Stande befunden. Der dreizehnte Pfeiler war gänzlich im Wasser verschwunden; die Wassermassen, welche die Arda rollte, mußten zwischen dem zwölften und vierzehnten Pfeiler eine Erschütterung und Senkung der Piloten verursacht haben, zu der noch die starke Last des Wagenzuges hinzukam, um die Katastrophe herbeizuführen. Die Locomotive, der Tender und zwei oder drei Waggons waren schon auf terra firma; das Gewicht der nachfolgenden Waggons riß noch den Tender und die fast geretteten Wagen zurück; nur die Locomotive entpoppelte sich und blieb ungefährdet. Von 27 Waggons versanken 19 im Flusse. Die Reisenden, die mit heiler Haut, aber mit starkem Schrecken wegkamen, gaben die Erklärung ab, der Train sei mit der größten Vorsicht über die Brücke geführt worden, an der überdies noch im letzten November die nöthigen Reparaturen vorgenommen waren.

— (Conflict in der spanischen Armee.) In der spanischen Armee hat sich ein schwerer Conflict zwischen der Kavallerie und Artillerie erhoben. Es hat eine Versammlung der Obersten fast aller Kavallerieregimenter stattgefunden, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, dem Könige einen Collectivprotest gegen die Privilegien zu überreichen, deren sich das aristokratische Corps der Artillerie erfreut. Der Generaldirector der Armee macht gemeinschaftliche Sache mit den Obersten der Regimenter. Dieser Protest wurde dem Könige durch den Obersten und Chef seiner Escorte, Herzog von Alameda, übergeben und enthält folgende drei formelle Erklärungen: 1.) daß die Kavallerie nicht mehr die Bestimmung ihrer Offiziere als „praktische Offiziere“ bei der Artillerie zugibt, wo sie auf vegetarische Art behandelt werden; 2.) daß die Kavallerie nicht mehr die Unteroffiziere der Artillerie als Offiziere in ihre Reihen aufnehmen will; 3.) daß, im Falle die Regierung ihnen keine Genugthuung geben und beabsichtigen

sollte, ihnen ihre Regimentskommanden zu nehmen, sie dieselben nicht abgeben werden. Der König erwiderte dem Herzog von Alameda, es werde sich schon alles ordnen lassen, aber es scheint, daß die Regierung nach einigem Zögern diesem Acte der Insubordination gegenüber schließlich nachgeben werde.

— (Folgender Rechtsfall) spielte diesertage vor dem kaiserlichen Kreisgerichte in Schlez: Das dortige Justizamt hatte eine Aufforderung an den „Brauere Rudolfph“ ohne die Anrede „Herr“ erlassen. Rudolfph schickte die Vorladung „an den Amtmann E.“ zurück. Dieser stellte den Strafantrag. Rudolfph schickte auch diesen mit einem Briefe zurück, worin er den „Amtmann E.“ ersuchte, „Herrn Gerichtsdieners R.“ zu „beauftragen“, aber nicht ihn. Rudolfph wurde wegen Beleidigung zu fünf Wochen Gefängnis verurtheilt.

Lokales.

— (Kaiserliche Spende.) Seine Majestät der Kaiser haben zum Nothschulhausbaue in Solo einen Beitrag von dreihundert Gulden aus Allerhöchstherr Privatcasse allergnädigt zu bewilligen geruht.

— (Auszeichnung.) Dem Pfarrer der Vorstadt Tirnau, Herrn Franz Karun, wurde in Anerkennung seiner vielfährigen erprießlichen Berufsthätigkeit das goldene Verdienstkreuz mit der Krone verliehen.

— (Ernennung.) Der Ministerial-Bizeseckretär im Ministerium des Innern Herr Heinrich Weiglein wurde zum Bezirkshauptmann in Krain ernannt.

— (Maturitäts-Prüfung.) Als Nachtrag zu dem Erlasse vom 18. Juni v. J. hat Se. Excellenz der Herr Unterrichtsminister unterm 22. d. M. verordnet, daß in Zukunft diejenigen Abiturienten eines Gymnasiums, deren Durchschnittsleistungen aus den vier letzten Semestern ihres öffentlichen Studiums in der Geschichte und in der Physik durch die Noten „lobenswerth“, „vorzüglich“ oder „ausgezeichnet“ charakterisirt werden können, von der Prüfung aus diesen beiden Gegenständen bei dem Abiturientenexamen losgezählt und daß die ihnen zukommenden Durchschnittsnoten aus diesen zwei Gegenständen mit Einfluß auf den Gesamtschulcalculus in das Maturitätszeugnis derselben eingetragen werden. Im übrigen wurde die genaue Befolgung der Bestimmungen des Ministerialerlasses vom 18. Juni v. J. neuerdings eingeschärft und überdies noch in Erinnerung gebracht, daß die im Organisationsentwurfe § 83 anberaumte Prüfungszeit von höchstens acht bis neun Stunden mit einer angemessenen Unterbrechung für jeden einzelnen Tag der mündlichen Maturitätsprüfung ausnahmslos einzuhalten ist. Diese Verordnung hat bei der Maturitätsprüfung im nächsten Julitermine in Kraft zu treten.

— (Urlaubsverlängerung.) Dem Reichsrathsabgeordneten Herrn Martin Hofschewar wurde in der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine zweimonatliche Urlaubsverlängerung bewilligt.

— (Casino-Unterhaltung.) Heute abends findet die erste Faschingsunterhaltung im hiesigen Casinovereine statt. Dieselbe beginnt um halb 9 Uhr abends mit einer Tombola, nach deren Beendigung die hoffentlich zahlreich erscheinende tanzlustige junge Welt in ihre Rechte tritt.

— (Benefizvorstellung.) Zum Vortheile der Schauspielerin Fräulein Marie Langhof geht Dienstag den 28. d. M. an unserer Bühne eine interessante französische Novität von Victorien Sardou: „Französische Kleinstädter“, in Szene. Es ist diese dieselbe Komödie, mit welcher Direktor Teweke bei Uebernahme des Carltheaters die heurige Saison eröffnete und die den vorliegenden kritischen Besprechungen zufolge nicht nur in Wien, sondern auch an größeren Theatern Deutschlands einen sehr ehrenvollen Erfolg errungen hat. Hoffentlich wird diese Novität auch hier ihre Anziehungskraft bewahren und der verdienstvollen und vielbeschäftigten Benefiziantin zu einem gut besuchten Hause verhelfen.

— (Biographic.) Die neueste Nummer (7 vom Jahre 1879) der von Emil Trachbrodt in Leipzig redigirten „Illustrierten Zeitung für Gabelsberger'sche Stenographen“ bringt unter dem Titel: „Galerie berühmter Stenographen“ eine ausführliche Biographie des hiesigen Gymnasialprofessors Herrn Anton Heinrich mit dem wohlgetroffenen Porträt desselben.

— (Stiftungspläne für krainische Invaliden.) Zur Beheilung aus der Adelsberger Grotten- und Franz Metelko'schen Invalidenstiftung pro 1879 wurde der Concurrs ausgeschrieben, und es sind dazu im österreichischen Militärdienste invalid gewordene, in keinem Invalidenhanse untergebrachte Krieger berufen, wobei auf die erstere Stiftung die in Adelsberg gebürtigen, auf die letztere die im Bezirke Rassenfuß gebürtigen, und in deren Ermanglung andere in Krain geborene Invaliden den Anspruch haben. Der zu vertheilende Betrag beläuft sich bei jeder dieser Stiftungen auf 37 fl. 80 kr. Bewerbungsgesuche sind im Wege der zuständigen politischen Behörde — stempelfrei — bis längstens 20sten Februar d. J. an die k. k. Landesregierung in Laibach zu richten.

— (Aus dem Gerichtssaale.) Die aus Oberlaibach gebürtige, bereits früher einmal abgestrafte 32jährige Private Johanna Jerman wurde kürzlich vom k. k. Landesgerichte in Triest des Verbrechens der

Veruntreuung schuldig erkannt und zu sechsmonatlicher Kerkerstrafe verurtheilt, weil sie aus einem, ihr von einer Köchin anvertrauten versperrten Koffer mehrere Kleidungsstücke im Werthe von 79 Gulden entwendet hatte.

(Unglücksfall.) Der Magazinsarbeiter der Südbahn Karl Minarić wurde am 18. d. M. auf dem Warburger Bahnhofe beim Ueberschreiten des zweiten Eisenbahngleises von einer Messermaschine niedergeworfen und an beiden Füßen überfahren. Dem Führer der Maschine soll kein Verschulden an diesem Unglücksfalle zur Last fallen, weil der Verunglückte beim unvorsichtigen Ueberschreiten des Bahngleises ausglittschte und in dem Momente niederfiel, als die Maschine schon zu nahe war, um noch aufgehalten werden zu können.

d. (Theater.) Das ursprünglich auf zwei Vorstellungen festgesetzte Gastspiel des Dialekt- und Charakterkomikers Herrn Clemens Grün wurde auf weitere zwei Abende verlängert, und zwar weniger infolge eines besonders günstigen materiellen, als vielmehr wegen des erzielten schmeichelhaften künstlerischen Resultates. Der Zuschauertraum war nämlich an den beiden ersten Theaterabenden, die den Gegenstand unserer heutigen Besprechung bilden, verhältnismäßig schwach besetzt, allein das erschienene Publikum spendete den vortrefflichen Leistungen des Gastes den wohlverdienten Beifall außerordentlich freigebig. Herr Grün ist ein sehr verwendbarer und unstreitig begabter Schauspieler, dessen bedeutende spezielle Fähigkeiten durch fleißige Übung zu einer hervorragenden, technisch routinirten Durchbildung gelangt sind. Die Gattung der Charaktere jedoch, die er sich zu eigen gemacht hat und mit frappanter Ähnlichkeit wiederzugeben vermag, nehmen im höheren und poetischen Lustspiele zumeist die untergeordnete Stellung der Nebenpersonen ein; hingegen stehen sie innerhalb jener leichten und herb markirten Sphäre, die sich mit ausgelassener Heiterkeit an den Schwanke und an die Posse anlehnt oder ganz zu dieser hinüberführt, und im Gebiete des einactigen Bühnenscherzes stets im Mittelpunkt und beherrscht die Handlung. Herr Grün wählte daher zu seinem hiesigen Auftreten eine Anzahl kleiner Lustspielpartien und chargirt-komischer Rollen, die entweder in einer auffallenden Pikanterie und individuellen Originalität des Naturells oder in einer gemüthlichen Drolerie ihre bestimmende Eigenthümlichkeit haben und vermöge ihres engen Wirkungskreises keines besonders ineinandergesetzten unterstützenden Ensembles bedürfen. In diesen dankbaren Rollen wirkt der Künstler um so erfolgreicher, weil er sie, unterstützt durch ein eminentes Nachahmungstalent, mit der höchsten Virtuosität beherrscht, mit zahlreichen effectvollen Details ausschmückt und überdies, wo thunlich, durch den entsprechenden Dialekt national charakterisirt, wodurch er ihnen die volle Lebenswahrheit sichert. In allen diesen Stücken erscheint er daher nicht als er selbst, sondern als wirklicher „Szumbalinski“, „Sommerfeld“ u. s. w., im Gegensatz zu vielen Darstellern, die ihre eigene Individualität nicht hinlänglich in den Hintergrund zu stellen vermögen.

Unter den bisher aufgeführten Bluetten gefiel am besten „Die einzige Tochter“ von Alexander Graf Fredro, deutsch von A. Rosen. Dieser Schwanke, gehoben durch die unwiderstehliche Darsit des Gastes als polnischer Gutsbesitzer „Szumbalinski“, übertrifft an erheitender Wirkung die besten Stücke seiner Art. Das Publikum kam aus dem Lachen gar nicht heraus und überschüttete Herrn Grün mit Beifallsbezeugungen. Auch die hiesigen Kräfte spielten recht gut, namentlich Herr Direktor Ludwig (Natalinski) und Herr Ehlich (v. Gomirto). Das einactige Lustspiel „Roths Haare“ von Grandjean entwickelte als Einleitung des ersten Abends einen mehr beschaulichen und innerlichen Humor, litt auch einigermaßen unter dem unsympathischen Auftreten des Herrn Waldburger (Waldeck), welcher mit seiner Trockenheit und seinen oft gerügten unangenehmen Manieren, und am zweiten Abende auch noch durch seine fühlbare

Kollisionsfurcherheit den Erfolg der Vorstellungen störte. Einzelne Szenen des allerdings von Unwahrscheinlichkeiten strotzenden und für einen Scherz etwas breitspurig angelegten, aber geistreich erfundenen Lustspiels „Sie schreibt an sich selbst“, nach dem Französischen von Holtei, und des netten Schwankes „Der Bojar“ von G. v. Moser gingen hiedurch verloren. Die übrigen Darsteller theilten sich mit dem Gaste in den Erfolg der Aufführung und bewirkten ein vollkommen zufriedensstellendes Ensemble. Die größte Heiterkeit erregte am zweiten Abende der Schwanke „Eine vollkommene Frau“ von Görlich, und trug hierzu das vorzügliche Spiel der Directrice Frau Ludwig als „Louise“ wesentlich bei. Zu bemerken erübrigt uns noch, daß die Soloszene „Ein verkanntes Genie“ Herrn Grün vollauf Gelegenheit bot, seine vielseitigen Fähigkeiten, namentlich aber seine köstliche Dialektfertigkeit glänzen zu lassen, und vom Publikum mit nicht enden wollendem Beifalle aufgenommen wurde.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“)

Wien, 24. Jänner. Der „Politischen Korrespondenz“ zufolge fand heute wegen der Pest unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg eine Konferenz von Vertretern der deutschen und der ungarischen Regierung und verschiedener Ministerien statt, welcher auch drei Experten beizwohnten. Es wurden Beschlüsse gefaßt betreffs schleunigster Entsendung von Ärzten in die Epidemiegegenden, Anweisung der Vertretungen in Rußland zu regelmäßiger Berichterstattung, Aufrechthaltung des österreichisch-ungarischen Einfuhrverbotes von 1878 über Rußland gegen Einführung dieses Verbots auch in Deutschland, behördliche Bestätigung in den Pässen, daß die betreffenden Reisenden aus Rußland 20 Tage vor der Bestätigung nicht in verdächtigen Souveränements verweilen, Durchräucherung der Effekten aus verdächtigen Souveränements, eventuelle Beschränkung des Verkehrs auf bestimmte Einbruchstationen, Reinigung der Personenvaggons und der Eisenbahnstationen, und für den Fall näher rückender Gefahr Grenzsperr.

Petersburg, 24. Jänner, offiziell: In Beljanka ist seit dem 21., an anderen Orten seit dem 17. Jänner kein weiterer Pestfall vorgekommen.

Wien, 23. Jänner. Die unter dem Voritze Sr. k. und k. Hoheit des Feldmarschall-Erzherzog Albrecht einberufene Enquete-Kommission hat die ihr vorliegenden Fragen über Mobilisierung, taktische Vorschriften, Bekleidung, Bewaffnung, Ausrüstung, Verpflegung und Sanitätsdienst abgeschlossen und sich bis zu jenem Zeitpunkte vertagt, wo der Kommission die noch ausständigen Behelfe über das Artilleriemateriale und dessen Verwendung zukommen werden.

Wien, 23. Jänner. Die Bourparlers über Vorkehrungen gegen die Pest wurden zwischen dem preussischen Sanitätsrath Finkelnburg einerseits, Hofrath Schneider und Sectionschef Breisky andererseits heute vormittags fortgesetzt. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen morgen vormittags unter dem Voritze des Fürsten Auersperg. Nebst der Feststellung der Grundsätze für den Gorden und die Quarantäne gegen Rußland, sowie der Abfindung einer ärztlichen Kommission in die verpesteten Gegenden wird, wie die „Presse“ vernimmt, von Finkelnburg der Antrag gestellt werden, der ärztlichen Kommission von jeder beteiligten Regierung auch einen diplomatischen Vertreter beizuordnen, damit die Experten alle Rechte einer diplomatischen Mission genießen und der direkte Verkehr mit den Regierungen ein ununterbrochener sei.

Budapest, 23. Jänner. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses erklärte Finanzminister Graf Szapary, sein gestriger Bericht über die Rentenemission

sei in den Blättern zum Theile unrichtig mitgetheilt worden. Es wurden nicht 21 Millionen verkauft und 21 Millionen zurückbehalten, sondern 221 Millionen verkauft und 11 Millionen zurückbehalten. Auch legte der Minister Daten über die Zolleinkünfte in der Grenze vor. Sodann setzte der Ausschuß die Spezialdebatte über das Budget des Finanzministeriums fort.

Berlin, 23. Jänner. Das Abgeordnetenhaus, den Antrag Heeremans beratend, genehmigte den von der nationalliberalen und Fortschrittspartei gemeinsam eingebrachten Antrag, das Unterhaus möge unter Ablehnung des Antrages von Heeremans erklären, daß die bestehenden Garantien der Redefreiheit, der selbständigen Ordnung des Geschäftsganges im Parlamente und betreffs der Disciplin der Mitglieder derselben die unerläßlichen Grundlagen der preussischen wie der Reichsverfassung bilden, und daß gegenüber dem in Bundesrathe eingebrachten Gesetzentwurfe der deutschen Reichstage die Wahrung der ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte vertrauensvoll zu überlassen sei. Stolber erklärte, die Regierung könnte nicht auf die Erklärung über den Inhalt des dem Bundesrathe vorliegenden Entwurfes selbst eingehen oder ihre Stellung zu demselben präzisieren.

Versailles, 23. Jänner. In der Kammer brachte Say das Budget für 1880 ein.

Setinje, 23. Jänner. Seit dem Eintreffen der türkischen Kommissäre haben sich die Aussichten auf eine friedliche Abwicklung der Uebergabesoperation betreffs der an Montenegro fallenden türkischen Gebiete wesentlich gebessert. — Zum diplomatischen Vertreter Frankreichs in Montenegro wurde definitiv St. Quentin, bisher der diplomatische Agent Frankreichs in Belgien, ernannt.

Telegraphischer Wechselkurs.

vom 24. Jänner.

Papier-Rente 61.55. — Silber-Rente 62.75. — Gold-Rente 73.85. — 1860er Staats-Anlehen 113.25. — Bank-Actien 779. — Kredit-Actien 214.25. — London 116.65. — Silber 100.—. K. f. Münz-Dukaten 5.55. — 20-Franken-Stücke 9.33 1/2. — 100-Reichsmark 57.65.

Wien, 24. Jänner, 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlußkurs.) Kreditactien 214.20, 1860er Lose 113.25, 1864er Lose 141.50, österreichische Rente in Papier 61.55, Staatsbahn 237.75, Nordbahn 202.—, 20-Frankenstücke 9.33 1/2, ungar. Kreditactien 212.75, österreichische Francobant —, österreichische Anglobank 93.50, Lombarden 68.50, Unionbank 68.50, Lloydactien 560.—, türkische Lose 20.—, Communal-Anlehen 88.25, Egyptische — Goldrente 78.90, ungarische Goldrente —.—. Gedruckt.

Angekommene Fremde.

Am 24. Jänner.

Hotel Stadt Wien. Globocnik, Gewerksbeijer, Eisern. — Dittel, Einstein, Schwarz, Schlesinger, Kiste, und Schidlof, Reij, Wien. Hotel Elefant. Uglich, Badbesijer, Römerbad. — Barkewicz und Konopka, Private, Krakau. — Miller, Oberlieut., Livno. — Unger, Sectionsingénieur, Steinbrück. — Löwy, Rfm., Kanischa.

Verstorbene.

Den 23. Jänner. Franz Bersehe, Südbahnschlosser, 30 J. Petersstraße Nr. 51, Herzlähmung. Den 24. Jänner. Peter Indof, Zigarrenfabriks-Arbeiter, 28 J., Karlstädterstraße Nr. 18, Lungentuberkulose.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jänner	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Millimetern
24.	7 U. Mg.	738.38	+ 1.6	windstill	bewölkt	1.00
	2 " N.	738.46	+ 6.8	W. schwach	bewölkt	Regen
	9 " Ab.	738.71	+ 4.0	W. schwach	Nebel	

Trübe, abwechselnd Regen und Nebel. Das Tagesmittel der Temperatur + 4.1°, um 2.2° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht. Wien, 23. Jänner. (1 Uhr.) Mehrere Actien von Transportgesellschaften erlitten einen heftigen Rückgang, und dies drückte auch die Gesammttendenz.

Geld		Ware		Geld		Ware		Geld		Ware		
Papierrente	61.65	61.70	Grundentlastungs-Obligationen.				Ferdinands-Nordbahn	2030	2040	Gal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	100	100.15
Silberrente	63.—	63.10	Böhmen	102.—	103.—	Franz-Joseph-Bahn	128	128.50	Dejterr. Nordwest-Bahn	85.80	86.—	
Goldrente	74.05	74.15	Niederösterreich	104.50	105.—	Kaisliche Karl-Ludwig-Bahn	220.50	220.75	Siebenbürger Bahn	63.—	63.25	
Lose, 1839	312	315.—	Salzien	85.25	85.75	Kafchau-Oderberger Bahn	101	101.50	Staatsbahn 1. Em.	159.75	160.25	
" 1854	109	109.50	Stebenbürgen	74	75.—	Lemberg-Czernowitzer Bahn	120	121.—	Südbahn à 3%	109.75	110.—	
" 1860	113.50	113.75	Lemejer Banat	75.75	76.25	Lloyd-Gesellschaft	576	578.—	" 5%	96.25	96.50	
" 1860 (zu 100 fl.)	126.25	126.75	Ungarn	80.50	81.—	Dejterr. Nordwestbahn	109.25	109.75	Devisen.			
" 1864	142	142.50	Actien von Banken.				Rudolfs-Bahn	115.75	116.25	Auf deutsche Plätze	57.05	57.20
Ang. Prämien-Anl.	79.25	79.50	Actien von Transport-Unternehmen.				Staatsbahn	240.50	241.—	London, kurze Sicht	116.70	116.80
Kredit-B.	161.—	161.25	Anglo-öjterr. Bank	95	95.25	Südbahn	64	65.—	London, lange Sicht	116.95	117.05	
Rudolfs-B.	15.50	16.—	Kreditanstalt	215.75	216.—	Theiß-Bahn	182	182.50	Paris	46.35	46.35	
Prämienanl. der Stadt Wien	89.25	89.50	Depositenbank	161	162.—	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	—	—	Geldsorten.			
Donau-Regulierungs-Lose	104.50	104.75	Kreditanstalt, ungar.	214.25	214.50	Ungarische Nordostbahn	115.25	115.50	Dukaten	5 fl. 55	fr. 5 fl. 57	
Donänen-Pfandbriefe	142	143.—	Dejterreichisch-ungarische Bank	784	785.—	Wiener Tramway-Gesellsch.	164.50	165.—	Napoleons'd'or	9 " 33 1/2	" 9 " 34	
Dejterr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	98.75	99.25	Unionbank	67.75	65.—	Pfandbriefe.						
Dejterr. Schatzscheine 1882 rückz.	97.75	98.25	Verkehrsbank	106.25	106.75	Allg. öst. Bodenkreditanst. (i. Gd.)	110.50	111.—	Deutsche Reichsnoten	57 " 65	" 57 " 70	
Ungarische Goldrente	83.10	83.20	Wiener Bankverein	103.50	104.—	(i. B. B.)	96.25	96.50	Silbergulden	100 " —	" 100 " —	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	100.50	101.—	Actien von Transport-Unternehmen.				Dejterreichisch-ungarische Bank	99.90	100.—	Prioritäts-Obligationen.		
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstücke	100.50	101.—	Alsb-Bahn	115	115.50	Ang. Bodenkredit-Anst. (B. B.)	95	95.25	Elisabeth-B. 1. Em.	92.25	92.50	
Ungarische Schapanw. vom J. 1874	118	118.50	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	490	494.—	Ferd.-Nordb. in Silber	104	104.50	Ferd.-Nordb. in Silber	85.90	86.10	
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	95.50	95.75	Elisabeth-Westbahn	158.75	159.25	Devisen.						

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 61.60 bis 61.70. Silberrente 63.— bis 63.10. Goldrente 74.— bis 74.10. 95.25. London 116.70 bis 117.—. Napoleons 9.33 1/2 bis 9.34. Silber 100.— bis 100.—.